

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 10

Artikel: Siebendimensionale Friedenspolitik : konzeptionelle Überlegungen angesichts neuer europa- und weltweiter Herausforderungen

Autor: Hug, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Siebendimensionale Friedenspolitik

Konzeptionelle Überlegungen angesichts neuer europa- und weltweiter Herausforderungen

Dieser Text ist die leicht überarbeitete Fassung eines Referates, das Peter Hug anlässlich des Familienparteitags der Sozialdemokratischen Partei Baselland am 24. August 1991 in Frenkendorf gehalten hat. Der Verfasser ist Assistent am Historischen Institut der Universität Bern und arbeitet schwerpunktmässig auf dem Gebiet der historischen Friedensforschung. Er war massgeblich an der Ausarbeitung der beiden Zwillingsinitiativen für Abrüstung und für ein Waffenexportverbot beteiligt. Einleitend setzt Peter Hug sich mit den Hardlinern im Westen auseinander, die mit ihrer Erpressungsstrategie gegenüber der Sowjetunion den Falken in Moskau Auftrieb gegeben und damit auch zum Putschversuch gegen Gorbatschow beigetragen haben. «Altes Denken» verkennt das Wesen der Friedenspolitik als eines mehrdimensionalen Geschehens, wie es besonders in den Jahren seit 1988 sich abzeichnet. «Altes Denken» prägt auch noch die jüngsten sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates. Trotz positiven Ansätzen haftet diesen Berichten insgesamt «ein Geist der Provinzialität, der Widersprüchlichkeit und der Mutlosigkeit» an. Sicherheitspolitik wird noch immer nationalstaatlich, parallel zur bewaffneten Neutralität, konzipiert, zentriert um Dissuasion, als ob es europäisch und weltweit immer noch um Abschreckung statt um Sicherheitspartnerschaft ginge. So entsteht die groteske Situation, dass ausgegerechnet das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) grösser ist als die gesamte EG-Bürokratie in Brüssel. In einem weiteren Teil seines Beitrages schlägt Peter Hug eine Reihe bedenkenswerter «Mittel gegen das helvetische Syndrom des Abseitsstehens» vor. Die Beitriffsforderungen zur UNO und selbst zur EG erhalten in diesem Zusammenhang einen neuen friedenspolitischen Stellenwert. Friedenspolitik ist aber nicht nur eine zwischenstaatliche, sondern auch eine zwischengesellschaftliche Aufgabe. Leider unterscheiden sich hier fortschrittliche Organisationen im Abwarten und stillen Beobachten wenig von der offiziellen Schweizer Diplomatie.

Red.

Westliche Mitschuld am Putschversuch in der Sowjetunion

Der fehlgeschlagene Putschversuch in der Sowjetunion, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann, vermittelt ein Gefühl der Hoffnung und ein Gefühl der Beschämung. Hoffnungsvoll stimmt, dass erneut die *Gewaltlosigkeit über Panzer triumphiert* hat! Menschen, die mit blossen Händen für ihr Recht kämpfen, haben sich wie schon an den Montagsdemonstrationen in Leipzig als stärker erwiesen als graue Apparatschiks aus düstern Männerbürokratien. – Beschämend ist jedoch, wieviel der Westen zum versuchten Sturz Gorbatschows beigetragen hat. Gorbatschows neuem Denken haben wir ebensoviel zu

verdanken, wie er innerhalb der Sowjetunion mitschuldig war an der andauernden Macht der Armee, des KGB, des Innenministeriums und der Partei, den damaligen vier Beinen seiner eigenen Macht.

Es stellt sich die Frage: Was hat der Westen getan, als ab 1985 Gorbatschow ein neues Denken entwickelte, das so stark beeinflusst ist vom *Konzept der gemeinsamen Sicherheit*, das Egon Bahr und andere Friedensforscher und Friedensforscherinnen im Westen in einem intensiven blockübergreifenden Dialog mit Kollegen und Kolleginnen im damaligen Osten entwickelt haben? Drei Stationen sind von Bedeutung:

1. Station, Anfang 1989. Gorbatschow hat eben vor der UNO-Generalversammlung weitestgehende einseitige Abrüstungs-

schritte angekündigt. Beim stürmischen Seegipfel vor der Küste Maltas verspricht US-Präsident George Bush, er gewähre bis 1990 die von Moskau so dringend gewünschte Meistbegünstigungsklausel. Er nennt einen Vorbehalt: Die sowjetischen Juden müssen gesetzlich gesichert ausreisen können. Gorbatschow erfüllt diese Forderung. Bush jedoch bricht sein Versprechen und stellt bis zum Sommer 1991 immer neue Bedingungen – für Gorbatschow eine schwere Enttäuschung und Behinderung für seine Reform.

2. Station, vor und nach dem Fall der Mauer. Je mehr Freiheiten Gorbatschow den osteuropäischen Ländern im Verlauf der Jahre 1989 und 1990 gewährt, desto mehr gewinnen diejenigen Hardliner in der Bush-Administration an Einfluss, die diesen Prozess als Zeichen der Schwäche, als bisher deutlichstes Indiz für den Niedergang der Grossmacht Sowjetunion analysieren, besonders als Gorbatschow einwilligt, dass das vereinte Deutschland der NATO angehöre. Angesichts dieser vermeintlichen Schwäche raten Bushs Berater zu noch härteren Forderungen. Der Westen setzt sich praktisch auf der ganzen Linie im Wiener Abkommen für konventionelle Abrüstung und dem START-Vertrag für strategische atomare Abrüstung durch, obschon dies den Falken in Moskau gewaltig Auftrieb gibt und sie in ihrer Meinung bestätigt, Gorbatschow gebe alles auf und erhalte dafür nichts. Beobachter wie Wilfried Loth sehen einen direkten Zusammenhang zwischen dem eisernen Festhalten der NATO am nuklearen Erstschlag, der fortgesetzten Aufrüstung atomarer Kurzstreckenraketen (sogenannte Abstandswaffen) und der bis heute gültigen Flexible-response-Doktrin einerseits und dem Rücktritt des liberalen Aussenministers Schewardnadse im vergangenen Dezember andererseits.

3. Station, Juli 1991, Weltwirtschaftsgipfel in London. Gorbatschow fordert 200 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe. Deutschland und Frankreich sind dafür. Die USA und Japan bringen aber diesen Wunsch und damit beinahe Gorbatschow selbst zu Fall, wie z.B. der italienische Aussenminister de Micheli festhält.

Altes Denken war und ist nicht nur ein Problem der Falken und Hardliner im

Kreml, wie es die Herren Oblatka und Kux von der NZZ so gerne sehen möchten. Dies gilt heute weniger denn je, nachdem die Vernunft und die entstehende zivile Gesellschaft in Moskau und Leningrad die alte Garde auch in der Sowjetunion überwunden haben. Altes Denken wird immer mehr zum *Problem der Falken* im Westen, weil sie in Washington und in Tokio und in der NATO und im EMD die Mehrheit bilden, ohne dass das Volk demonstriert. Wie lange haben wir noch Geduld mit denjenigen, die fortfahren, menschliche und finanzielle Ressourcen in den Militärbürokratien und in der Aufrüstung zu verschleudern, statt endlich die grossen Herausforderungen des Friedens anzunehmen: die Überwindung des tiefen sozialen und wirtschaftlichen Grabens zwischen West und Ost und zwischen West und Süd, die Abwendung einer globalen Umweltkatastrophe, die Verwirklichung der Menschenrechte? Wie lange haben wir noch Geduld, als Einzelne und Gruppen, bis wir uns konkret verbünden mit den sozialen Bewegungen in der ganzen Welt, um gemeinsam der vereinigten Internationale aller Militärkästen und Umweltzerstörer entgegenzutreten, sie zu entmachten, mit dem neuen Denken endlich zu beginnen?

Friedenspolitik und real existierende Marktwirtschaften

Kaum war der Kalte Krieg zu Ende, begann der heisse *Krieg am Golf* und zeigte, zu welchem Rückfall in die Barbarei die zivilierte Welt in der Lage ist. Schwarze Giftwolken aus brennenden Ölfeldern verdunkeln seither die Friedenseuphorie, die nach dem Sieg der Gewaltlosigkeit über die Berliner Mauer aufkam. Wer damals vor dem Fortbestehen des Militarismus warnte und deshalb als unverbesserlicher Alarmist und Pessimist galt, sieht sich nach dem brutalen Krieg der Verbündeten gegen den Irak ohne Genugtuung in seiner Skepsis bestätigt. Nachdem sich (mit der Ausnahme Chinas) alle führenden Staaten dieser Welt uneingeschränkt und verbindlich zum politischen und wirtschaftlichen Liberalismus bekannt haben, stellt sich dringender denn je die Frage nach der Friedensfähigkeit der real existierenden Marktwirtschaft in all ihren Ausformungen. So isolationistische Länder

wie die Schweiz sehen sich mit der Frage konfrontiert, ob sie allen Ernstes immer noch daran glauben, Frieden und Sicherheit in einem nationalstaatlichen Alleingang definieren und gestalten zu wollen.

Frieden hat heute weniger denn je mit einem System souveräner Staaten zu tun, die sich gegenseitig nur durch Abschreckung und Rüstungsgleichgewicht in Schach zu halten vermögen, wie die Theorie der sogenannten realistischen Schule während Jahrzehnten des Kalten Krieges behauptete. Aktuelle *Friedensdefinitionen* gehen vom erreichten Stand der gesellschaftlichen Interdependenzen und der auf sie einwirkenden grenzüberschreitenden Institutionen aus. Frieden ist jener Prozess, der Gewalt vermindert und Gerechtigkeit fördert. Friedenspolitik ist ein *mehrdimensionales Geschehen* und beinhaltet: 1. eine weltweite Stärkung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Homologie); 2. eine Erhöhung der Erwartungsverlässlichkeit, indem grenzüberschreitende Verträge und internationale Organisationen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Regionen und Staaten bestimmte Regelmechanismen festlegen (internationale Regimes); 3. die Förderung möglichst vielfältiger und gerechter Austauschbeziehungen und wechselseitiger Abhängigkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur (Entropie und Symbiose) und 4. die Fähigkeit, auf den anderen hin und vom anderen her zu denken (Empathie). Dies bedingt gesellschaftliche Veränderungen, nämlich 5. Entmilitarisierung, Abrüstung und Umbau von militärischer Produktion und Verwaltung auf ziviles, ökologie-, sozial- und friedensverträgliches Wirtschaften (Rüstungskonversion); 6. Ökologisierung der Wirtschaft auf der Grundlage eines neuen Lebensstils und einer vorausblickenden Technologiefolgenabschätzung, -bewertung und -steuerung sowie 7. die Überwindung des Patriarchats; denn in keinem gesellschaftlichen Bereich bildet sich die Geschlechterlinie nach wie vor so radikal einseitig ab wie in den Wissenschaftszentren zur Fortentwicklung von Rüstungshochtechnologie und in den Militärapparaten.

Diese sieben Dimensionen einer friedenspolitischen Konzeption bilden heute in mehr oder weniger prägnanter Art den international erreichten Standard der Diskussion, und

zwar nicht nur in friedenswissenschaftlichen Zirkeln, sondern auch in UNO-Organisationen, Dokumenten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und Berichten etwa des Europäischen Parlamentes, das kürzlich formulierte, «dass eine kohärente Sicherheitspolitik zur Verhinderung und Bewältigung von Konflikten insbesondere wirtschaftlichen, sozialen, religiösen, ökologischen und demografischen Umständen und Bedrohungen Rechnung tragen muss, statt sich auf militärische Vorkehrungen zu stützen».

Erinnern wir uns: 1988 sind dank multilateraler Regelungen, allen voran dank der UNO, wichtige *Regionalkonflikte beigelegt* worden, so der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak, die Sowjets zogen sich aus Afghanistan zurück und Südafrika aus Namibia, der Friedensprozess in Kambodscha kam in Gang. 1989 war das *Jahr der Umwälzungen und der Hoffnungen*, eine bei spiellose gewaltfreie Revolution von unten überwand die Blockspaltung in Europa und veränderte die friedenspolitischen Voraussetzungen grundlegend. 1990 war das *Jahr der Orientierung und der politischen Absichtserklärungen*; im Rahmen der KSZE einigte sich Europa von Vancouver bis Wladiwostok auf weitreichende Grundsätze der Menschenrechte und der Demokratie, der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, der Vertrauensbildung und friedlichen Streitbeilegung und schloss das weitestreichende Abrüstungsabkommen aller Zeiten ab. 1991 und darüber hinaus wird das *Jahr der Kooperation und des Umbaus* sein, um die neuen Einsichten und gefällten Beschlüsse in praktische Politik umzusetzen.

Die Friedenspolitik des Bundesrates

Die *offizielle Schweiz* hat durchaus Spuren dieses europa- und weltweiten neuen Denkens mitbekommen. Schien in den Augen der etablierten Politik bis 1988 dem Begriff der Friedenspolitik noch etwas Anrüchiges, ja Staatsfeindliches anzuhafte, so ist er inzwischen Bestandteil regierungsmäßlicher Politik geworden. Dreimal hat sich der Bundesrat seither konzeptuell zur Friedenspolitik geäussert, nämlich 1988 in der Botschaft über die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Frie-

denspolitik», ebenfalls 1988 im Zwischenbericht über Friedens- und Sicherheitspolitik und im Bericht 90 zur Sicherheitspolitik vom 1. Oktober 1990. Von Anfang an legte der Bundesrat der Friedenspolitik einen sehr breiten Friedensbegriff zugrunde: «Es kann keinen Frieden geben, solange Menschen wegen ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugungen oder ihrer Rassenzugehörigkeit verfolgt werden. Es gibt ihn auch nicht, solange Menschen Hungers sterben oder in sozialer Ungerechtigkeit leben müssen», heisst es im Zwischenbericht von 1988.

Beim Einsatz der *operativen Mittel* geht es dagegen sehr viel bescheidener um «die Wahrung des Friedens» und um die «Reduktion von Spannungen» durch einen Beitrag zur «friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten» und die «Einhaltung des Völkerrechts». Es können aber kleine Akzentverschiebungen festgestellt werden. War 1988 noch reichlich passiv von «Friedenssicherung» bzw. «Friedenswahrung» die Rede, so findet sich im Bericht 90 ein Kapitel «Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung». Darin schreibt der Bundesrat, Hauptziel sei die *Bekämpfung von Ursachen* und nicht bloss von Symptomen. Konfliktursachen könnten «durch vertiefte Kooperation im Wirtschaftsbereich, Zusammenarbeit auf politischem Gebiet, Verstärkung der rechtlichen Beziehungen und durch möglichst enge sicherheitspolitische Kooperation im Bereich der Friedensförderung beseitigt werden». Es ist von einem Ausbau der Friedenspolitik und neu von einer «Friedensförderungspolitik» des Bundesrates gegenüber Europa und den Regionen der Dritten Welt als Teil der aussenpolitischen Strategie die Rede. – Es finden sich also in den bundesrätlichen Berichten durchaus positive Ansätze; dennoch haftet ihnen insgesamt ein Geist der Provinzialität, der Widersprüchlichkeit und der Mutlosigkeit an. Drei Punkte sind besonders hervorzuheben:

Die Illusion national konzipierter Sicherheitspolitik

Erstens geht der Bundesrat immer noch davon aus, Sicherheit und Frieden liessen sich national definieren und mit nationalstaatlichen Massnahmen anstreben. Friedensge-

staltung ist jedoch definitiv eine *multilaterale* Aufgabe geworden. Die Sonderleistungen des so normal gewordenen «Sonderfalls» Schweiz sind kaum mehr gefragt. Es ist absurd zu meinen, man trage irgend etwas zur Förderung des Friedens in Europa oder in der Welt bei, indem eine national konzipierte Armee im Herzen Europas für eine der weltweit höchsten Militärdichten sorgt, gemessen in Soldaten oder Panzern oder Artillerierohren pro Kopf der Bevölkerung und pro Quadratkilometer Land.

Ebenso grotesk und fast rührend naiv ist die Meinung von Nationalratspräsident Ulrich Bremi auf dem Rütli, die Schweiz solle nun einige Völkerrechtler und Spezialisten für multikulturelles Zusammenleben nach Jugoslawien schicken und damit sei irgend etwas gewonnen. Wenn es gelingen soll, in Jugoslawien den grossen Krieg zu verhindern, so nur auf multilateralem Wege, d.h. im Rahmen der KSZE oder der UNO und im Verbund mit entsprechenden internationalen Nichtregierungsorganisationen, aber nicht durch einzelgängerische und belehrende Schweizer Missionen. Dabei orientiert sich Bremi durchaus am Bundesrat, der Friedenspolitik nach wie vor nationalstaatlich, parallel zur bewaffneten Neutralität, konzipiert, die nun um eine «ausgreifende Komponente» ergänzt wird, wie der schrecklich provinzielle Begriff heisst, der so viel stickige EMD-Luft atmet.

Für den Bundesrat wie für Bremi stellt Friedenspolitik so etwas wie die *Wohlfahrtsveranstaltung einer mildtätigen Nation* dar, die im luftleeren Raum ihre Guten Dienste anbietet, Dankbarkeit und Lob erwartet und dabei nicht merkt, dass längst ein intensiver internationaler Prozess im Gange ist und die traditionellen Guten Dienste eines einzelnen Staates heute zu einem Grossteil besser und effizienter von internationalen Organisationen geleistet werden.

Überholte helvetische Abschreckungsdoktrin

Zweitens rüttelt der Bundesrat in keiner Art und Weise an der helvetischen Abschreckungsdoktrin, der *Dissuasion*, er hält eisern an der Gesamtverteidigungsdoktrin fest und merkt nicht, welche Widersprüche sich daraus ergeben. Der Dissuasion liegt ein anta-

gonistischer Sicherheitsbegriff zugrunde; wir können jedoch nicht mehr gegeneinander Sicherheit schaffen und überleben, sondern nur noch miteinander. Dies anerkennt der Bundesrat zwar im analytischen Teil des Berichtes 90, worin er auf die grossen globalen Herausforderungen eingeht und zeigt, dass die Verarmung eines grossen Teils der Menschheit, die sukzessive Zerstörung der Umwelt und die Folgen von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen den Frieden gefährden. Im Massnahmenteil schlägt der Bundesrat jedoch nicht eine neue, kohärente Politik mit entsprechenden Instrumenten vor, sondern erklärt den Gesamtverteidigungsapparat mitsamt Armee und Zivilschutz nun auch noch zur Bewältigung der zivilisatorischen Herausforderungen für zuständig.

Eine stimmige Konzeption für eine in sich vernetzte, mehrdimensionale Friedenspolitik kann so nicht entstehen. Die existierenden friedensrelevanten Massnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, der globalen Umweltpolitik, der präventiven Flüchtlingspolitik, der kulturellen Aussenpolitik, der Dienste für internationale Organisationen und der Rüstungskontrolle werden weiterhin nicht im Rahmen einer friedenspolitischen Konzeption intensiviert und aufeinander abgestimmt: Sie können deshalb auch nicht koordiniert eingesetzt werden. Sie wirken kaum über die departementalen Schranken hinweg auf andere Bereiche staatlichen Handelns wie etwa die Aussenwirtschaftspolitik ein und laufen ständig Gefahr, von anderen Aktivitäten wie den Kriegsmaterialexporten unterlaufen oder *vom EMD diszipliniert* zu werden, wie dies im KSZE-Bereich an der Tagesordnung ist.

Es braucht deshalb ein *departementsübergreifendes Organ für Friedenspolitik*, das unabhängig und unbehelligt vom Gesamtverteidigungsapparat fortlaufend eine umfassende, vernetzte Analyse leistet und die friedenspolitischen Massnahmen in einer Gesamtkonzeption aufeinander abstimmt.

Groteske Militärlastigkeit

Drittens vermeidet der Bundesrat jegliche Gewichtung. Es geht jedoch um Prioritäten. Nach den USA tätigt die Schweiz pro Kopf

der Bevölkerung von den *weltweit höchsten Militärausgaben*. Die Bundesausgaben für Friedenspolitik betragen, grosszügig berechnet, heute 15 Prozent der Bundesausgaben für die Landesverteidigung. Wenn die bürgerliche Mehrheit daran festhalten will, dass die Staatsquote auf 10 Prozent des Volkseinkommens beschränkt bleibt, soll sie uns angesichts des angekündigten Milliardendefizits erklären, wie eine angemessene Erhöhung der friedenspolitischen Aufwendungen ohne eine namhafte Kürzung der Militärausgaben finanziert werden soll.

Ein anderer Vergleich: Jede zweite Stelle der allgemeinen Bundesverwaltung beansprucht das EMD zusammen mit den eidgenössischen Rüstungsbetrieben für sich allein. Das EMD ist grösser als die gesamte EG-Bürokratie in Brüssel. Die ausgerechnet im EMD sowie im EDA neu eingerichteten Abteilungen für friedenspolitische Massnahmen sind zusammengezählt mehr als 500mal kleiner als das EMD. Mit dieser grotesken Militärlastigkeit manövriert sich die Schweiz mehr und mehr in die Isolation. Es kann irgendein internationaler Bericht konsultiert werden, sei es der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung UNCTAD oder des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP, es werden sich darin ausführliche Kapitel zum Thema Friedensdividende und zur Chance für neue Prioritätensetzungen finden.

Die Welt verschleudert jährlich rund 950 Milliarden Dollar für Militärausgaben, davon die Industrieländer 80 Prozent, 30 Prozent allein die USA. *Finanzielle Abrüstung ist ein Problem des Nordens!* Gewiss, es ist schrecklich, was Saddam Hussein aus seinem Land herauspresste, um seine gewaltige Militärmaschinerie zu finanzieren. In keinem Jahr konnte er jedoch mehr als einen Zehntel des Betrages für die Rüstung abzweigen, den die USA für ihre Hochrüstung aufwenden! Ein anderer Vergleich: Die Bundesausgaben für die schweizerische Landesverteidigung sind gleich hoch wie das gesamte Volkseinkommen von Äthiopien mit einer Bevölkerung von rund 45 Millionen! Mit der *Volksinitiative für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik* fordern wir, endlich Prioritäten zu setzen, die der neuen Situation in Europa und der Welt angemessen sind: Wohlstands-

ausgleich zwischen West und Ost sowie West und Süd statt neue Völkerwanderungen, Sicherung der Lebensgrundlagen durch ökologisches Wirtschaften statt Umweltzerstörung und Verschwendungs-wirtschaft.

Mittel gegen das helvetische Syndrom des Abseitsstehens

Die Abrüstungsinitiative ist ein wichtiges Instrument, um eine politische Debatte über *neue Prioritäten* anzuregen und die Friedenspolitik zu konkretisieren. Auf ein wichtiges Hindernis auf diesem Weg sei jedoch besonders hingewiesen: Eine aktive und umfassende Friedenspolitik wird es nicht geben, solange es nicht gelingt, etwas Entscheidendes an den Ursachen zu ändern, die 1986 drei Viertel der Stimmenden dazu veranlasst haben, den *UNO-Beitritt* abzulehnen. Diese vernichtende Niederlage jeglichen Internationalismus' in der Schweiz machte klar, dass das helvetische Syndrom des Stillesitzens, Abwartens, Beobachtens und Abseitsstehens nicht nur ein Problem des Bundesrates ist, der sich nicht zu einer klaren Position betreffend EG-Beitritt durchringen kann. Viele tun sich mit der Vorstellung schwer, dass auch wir uns in fremde Händel einmischen sollen. Genau darum geht es jedoch: nicht nur global denken, sondern auch *global handeln*, sich nicht nur informell, vorwiegend wirtschaftlich integrieren, sondern auch öffentlich, politisch partizipieren, in der UNO, in der EG.

Wie typisch schweizerisch-provinziell war doch die Reaktion des Bundesrates auf den Putsch in der Sowjetunion, als er ankündigte, er werde nun im September die geplante KSZE-Session in Moskau boykottieren, statt dass er vielmehr den KSZE-Krisenmechanismus für dringliche Situationen angerufen hätte! Eine der schwierigsten friedenspolitischen Aufgaben in der näheren Zukunft wird sein, in der schweizerischen Bevölkerung eine Bereitschaft zu wecken, sich einzumischen, der UNO beizutreten, in der KSZE eine aktive Rolle zu spielen. Es lohnt sich deshalb, über Instrumente nachzudenken, die den Internationalismus stärker in breiten Schichten des Volkes verankern könnten.

Internationaler Jugendaustausch

Eine wichtige Möglichkeit besteht im internationalen Jugendaustausch. 1989 stellte die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen in ihrem Bericht «für eine aktive Friedenspolitik» zu Recht fest, dass *interkulturelles Lernen durch Auslandaufenthalte* von Jugendlichen «Friedensfaktoren von hoher Qualität» darstellen. Der Bundesrat betonte in seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit von 1989, Jugendaustausch über die Sprach- und Landesgrenzen hinweg sei «ein nicht zu unterschätzender Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit geworden». Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) hielt 1990 in einer Resolution fest: «Internationaler Jugendaustausch kann Jugendlichen tiefe soziale Erfahrungen in anderen Kulturen vermitteln, die dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, ein Netz von Beziehungen zwischen der Bevölkerung verschiedener Länder zu knüpfen und die Bereitschaft zu wecken, internationale Probleme von heute und morgen in internationaler Kooperation anzugehen».

Inzwischen hat das Bundesamt für Kultur gemeinsam mit dem EDA Mittel bereitgestellt, mit denen der interkulturelle Jugendaustausch zwischen Ost und West gefördert werden soll. Der Kanton Bern unterhält ein spezielles Programm mit der CSFR. Noch fehlen entsprechende Instrumente für den Jugendaustausch mit den Ländern des Islam, was aus friedenspolitischer Sicht besonders bedeutsam wäre. Dies erforderte mit den betreffenden Ländern bilaterale Verträge für einen erleichterten Grenzübertritt, z.B. durch die Abschaffung des Devisennachweises. Ebenso dringend wäre, in der Schweiz vorübergehende *Arbeitsaufenthalte* ausserhalb der Ausländerkontingente für länger als die heutigen vier Monate zu gestatten, um an den grossen Austauschprogrammen der EG für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen teilnehmen zu können.

Städtepartnerschaften und Formen kantonaler Aussenpolitik

Ein weiteres Instrument zur Förderung einer grösseren Bereitschaft für internationale

Kooperation sind Städtepartnerschaften und alle Formen kantonaler Aussenpolitik, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Bürger und Bürgerinnen erlebbar machen. Zu erwähnen sind insbesondere die mehrere Länder umfassenden *Regionalverbände* wie die Regio Basilensis, die Arge-Alp, die Alpen-Adria und die Arbeitsgemeinschaft Jura. Im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt und den Diskussionen um eine föderalistische Struktur einer zukünftigen Europäischen Politischen Union haben diese Gliedstaatenverbände an Aktualität gewonnen.

Das Ziel ist, vom Nationalstaat politische Kompetenzen gleichzeitig nach unten wie nach oben zu delegieren. Das gewaltige Deregulierungsprogramm auf nationalstaatlicher Ebene, das mit dem Binnenmarkt und dem EWR verbunden ist, muss seine Entsprechung in einer *Stärkung politischer Interventionsmöglichkeiten auf regionaler und supranationaler Ebene* finden, damit der zu erwartende Wachstumsschub nicht einseitig auf Kosten der sozial Schwachen, der Umwelt und der südlichen Hemisphäre geht.

Zaghaft und verspätet beginnen die Schweizer Kantone sich an den Debatten über die Ausgestaltung des europäischen Regionalismus zu beteiligen. So nimmt inzwischen der Kanton Bern an den Konferenzen «Europa der Regionen» teil und trat am 8. Mai 1991 der Versammlung der Regionen Europas (VRE) bei, während im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt eine Interpellation vom Juli 1991 Vorbereitungsmassnahmen fordert, «um im geeigneten Zeitpunkt eine kompetente Vertretung unseres Kantons in Brüssel oder in einem Interessenvertretungsgremium der Kantone zu gewährleisten».

Zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit

Entsprechende Bestrebungen sind auch bei *gesellschaftlichen Organisationen* im Gang. So errichteten die Umweltverbände eine Europastelle, und die Entwicklungspolitischen Organisationen haben Kontakte zu einem entsprechenden Koordinationsbüro in Brüssel geknüpft. Insgesamt sind diese Bestrebungen jedoch noch zaghaft, rein EG-bezogen und stark defensiv ausgerichtet.

Warum besitzen wir alle so wenig Kontakte zur UNO in Genf, die uns so wichtige Impulse vermitteln kann? Ein interessantes Forum für die gesamteuropäische Vernetzung der sozialen Bewegungen ist die Helsinki-Versammlung der Bürger und Bürgerinnen (HCA), die im vergangenen Herbst erstmals in Prag stattfand. Die Schweizer Beteiligung war jedoch schwach und die Presse trotz intensiver Bemühungen nicht bereit, darüber zu berichten. Allzu oft unterscheiden sich auch fortschrittliche Organisationen im Abseitsstehen, Abwarten und stillen Beobachten wenig von der offiziellen Schweizer Diplomatie.

Friedenspolitik ist auch eine zwischengesellschaftliche Aufgabe. In diesem Zusammenhang gewinnt mehr und mehr der Begriff der Civil Society an Bedeutung. «Civil Society» wird etwa übersetzt mit «Zivilgesellschaft» oder «Zivilität». Das Konzept der Civil Society kann auf frühliberale Traditionen zurückgeführt werden und ist seit etwa zehn Jahren in Ost- und Mitteleuropa auf dem Hintergrund des langjährigen staatlichen Monopols über die Gesellschaft und jegliche Form von Öffentlichkeit als «Antipolitik» entwickelt worden. Die Zivilgesellschaft klagt radikal die bürgerlichen Menschenrechte gegen jede Form staatlicher Machtanmassung ein und weist dabei auf den engen Zusammenhang zwischen freier Entfaltung innergesellschaftlicher «Gegenmacht» und Friedensfähigkeit hin. Gesellschaftliche *Selbstorganisation und Selbstverwaltung* ist eine entscheidende Voraussetzung für eine lebendige Demokratie und damit für Friedensfähigkeit nach innen und aussen.

Zur Civil Society gehören die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, die entwicklungspolitischen Gruppen mitsamt den Friedens- und Arbeitsbrigaden, die Gewerkschaften und alle anderen *sozialen Bewegungen*. Obwohl nun in Moskau und Leningrad die Civil Society über die Putschisten gesiegt hat, dürfen wir uns nicht über deren Fehlen in der Provinz und in den anderen Republiken hinwegtäuschen. Auch in Mittel- und Osteuropa stellt das weitgehende Fehlen der Civil Society eine der zentralen inneren Ursachen für die Schwierigkeiten nach der Wende dar. Die HCA baut deshalb in ver-

schiedenen Ländern Osteuropas Zivilismus-Zentren auf, die der Gründung und Organisation sozialer Gruppen und Bewegungen beistehen. Auch in der südlichen Hemisphäre gehört die Existenz einer Civil Society zu den entscheidenden Voraussetzungen für eine soziale Entwicklung. Deren Förderung und Unterstützung bildet nach wie vor eine der sinnvollsten Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit – nicht zuletzt deshalb, weil sie uns die Möglichkeit bietet, selber zu lernen und wichtige Erfahrungen zu sammeln. Für mich besteht in der Bewegung für einen internationalen Zivilismus vielleicht die grösste Hoffnung für die Zukunft überhaupt.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Neben zwischengesellschaftlicher Zusammenarbeit geht es auch um zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Dazu zählt in meinen Augen an erster Stelle der Versuch, die Diskussion um den *UNO-Beitritt* neu zu lancieren. Dies wird zwar ein schwieriges Unterfangen sein, nachdem die USA und ihre Verbündeten die UNO zur Rechtfertigung missbraucht haben, Hunderttausende von Irakern abzuschlachten und eine der schlimmsten ökologischen Katastrophen überhaupt zu provozieren. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass am Golf kein UNO-Krieg geführt wurde, wie UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar nicht müde wird zu betonen. Die UNO spielt in sämtlichen Feldern der grossen globalen Herausforderungen wie Abrüstung, Umweltpolitik, Entwicklung, wie auch der kollektiven Sicherheit, Früherkennung von Konflikten, der friedlichen Streitbeilegung usw. unbestrittenermassen eine unentbehrliche, wenn nicht führende Rolle.

Ich bin in diesem Zusammenhang auch wenig begeistert von der Art, wie heute über die allfällige Ergreifung des Referendums gegen den *IWF-Beitritt* der Schweiz diskutiert wird. Wollen wir wirklich zusammen mit Blocher und den Schweizer Demokraten eine erneute Welle des Isolationismus schüren? Glauben wir ernsthaft, dass sich bei einem anhaltenden politischen Abseitsstehen irgend etwas ändern kann an der massiven informellen Mitwirkung des Schweizer Kapitals im IWF? Ist nicht gerade

das politische Abseitsstehen der Schweiz das Geheimnis der Schieber und Hehler und Hardliner bei uns, die vom politikfreien Raum profitieren und gerade dank der offiziellen Nichtmitgliedschaft der Schweiz im IWF härtere Positionen vertreten und finanzieren, als selbst der IWF sie einnimmt?

Die europäische Friedensarchitektur

Neben einer Klärung unseres Verhältnisses zu den universellen Organisationen geht es auch um eine eindeutige Position der Schweiz gegenüber der europäischen Friedensarchitektur. Die *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* ist hier das wichtigste Forum für Friedenspolitik. Die KSZE überwölbt mit einem Netz von Verträgen, Institutionen und Mechanismen ganz Europa und trägt wesentlich dazu bei, dass die positiven Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis irreversibel sind und verstetigt werden.

Dazu gehören: die Bonner Erklärung über die soziale Marktwirtschaft, das Kopenhagener Dokument über die menschliche Dimension, der Normenkatalog der Charta von Paris, die den Charakter einer gesamteuropäischen Verfassungsgrundlage trägt, das Wiener Abrüstungsabkommen und die weitgehenden Verfahren von vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen, die zu einem beispiellosen Verifikationsregime und zur Möglichkeit der Kontrolle militärischer Aktivitäten vor Ort geführt haben, dann die Institutionalisierung verschiedener Konsultationsmechanismen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie auf Aussenministerebene, die Expertentreffen von La Valletta über die friedliche Beilegung von Streitfällen, von Genf über die Minderheitenfrage und von Oslo über demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit, die Einrichtungen eines vorbereitenden KSZE-Sekretariates in Prag, eines Konfliktverhütungszentrums in Wien, bisher beauftragt mit militärischen Aufgaben der Verifikation und Vertrauensbildung, sowie eines Sekretariates für freie Wahlen in Warschau, die Einrichtung eines KSZE-Parlamentes im April 1991 und nun als jüngster Beschluss die Annahme eines Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen am

Dies ist alles bereits unglaublich viel, aber immer noch zu wenig, um mit den grossen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft fertig zu werden. Insbesondere ist im Westen der Wille erlahmt, die Abrüstung voranzutreiben. Die Schweiz könnte hier zusammen mit weiteren kleineren Ländern Mitteleuropas Wesentliches beitragen, um im Rahmen der KSZE die USA, Grossbritannien und Frankreich wieder zu einer konstruktiveren Abrüstungspolitik zu bewegen. Ebenso müsste die Schweiz wesentlich aktiver und konstruktiver als bisher an der Institutionalisierung und Stärkung der KSZE teilnehmen und dazu beitragen, die Kompetenzen für kooperative Friedensgestaltung und Streitbeilegung wesentlich zu erweitern.

Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa ist ferner die *Überwindung des tieferen sozialen und wirtschaftlichen Grabens*, der sich zwischen Ost und West auftut. Die Schweiz hat sich mit einem bilateralen Hilfsprogramm am wirtschaftlichen Aufbau in Ost- und Mitteleuropa beteiligt und nimmt auch an multilateralen Anstrengungen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD), der sogenannten Osteuropabank, teil. An den letztlich für den Ausgleich zwischen Ost und West entscheidenden Beiträgen der EG kann die Schweiz hingegen nicht teilnehmen, so dass auch im Zusammenhang mit dem Prozess zur Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Spaltung Europas der Ruf nach einem EG-Beitritt der Schweiz laut wird.

Dies gilt übrigens auch für *Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Verhältnis*. Eine im Auftrag der Hilfswerke erstellte Studie von Liselotte Illi zeigt auf, dass verglichen mit der Schweiz die EG *insgesamt fortschrittlichere Regelungen* aufweist beim Umfang der Entwicklungshilfeleistungen (bei ebenbürtigem Instrumentarium), bei der Stabilisierung von Exporterlösen (z.B. von Rohstoffen), dem Verbot von Gift- und Atommüllexporten, den Auflagen für Arzneimittelexporte, der kulturellen und sozialen Zusammenarbeit, der für die Fluchtgeld- und Geldwaschproblematik entscheidenden Frage der internationalen Rechtshilfe und

der Bankengesetzgebung, dem Aktienrecht und der Ausländerpolitik (z.B. Abschaffung des Saisonnerstatuts im Binnenmarkt). Deutlich schlechter als die Schweiz schneidet die EG ab in der Nahrungsmittelhilfe, die in erster Linie der Verwertung der Agrarüberschüsse dient, sowie beim Marktzutritt von Entwicklungsländern im Textilbereich, was jedoch neu verhandelt wird. Offen ist, wohin sich die EG-Regelungen in bezug auf die Kriegsmaterialexporte, die Asyl- und Einwanderungspolitik bewegen werden. Insgesamt hätte ein EG-Beitritt der Schweiz aus entwicklungspolitischer Sicht mehr Vor- als Nachteile. Insbesondere könnte sich die Schweiz nicht weiter zu einer rechtsfreien Oase für Fluchtgelder und Schieber entwickeln.

Von einem EG-Beitritt könnte nicht nur die Schweiz profitieren, die einen gewaltigen Impuls zur Überwindung des Isolationismus und für innere Reformen erhielte. Auch die EG braucht eine Erweiterung, damit die prinzipiell beschlossene Vertiefung und Weiterentwicklung zur *Politischen Union* eine friedensverträgliche Richtung nimmt. Denn der Beitritt Österreichs, Schwedens und allfälliger weiterer Länder zur EG wird einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung der Politischen Union besitzen. Je eher die neutralen Länder und die neuen Demokratien Mitteleuropas (Ungarn, CSFR, Polen) in Brüssel Beitrittsgesuche hinterlegen und je intensiver sie diesen Schritt untereinander koordinieren und gemeinsame Vorstellungen zur Ausgestaltung der Europäischen Politischen Union entwickeln, desto weniger wahrscheinlich wird eine hegemoniale Form der europäischen Integration in «konzentrischen Kreisen» mit einer Interventionskapazität gegen die «Dritte Welt», die heute von der Westeuropäischen Union (WEU) angestrebt wird. Auch ein EG-Beitrittsgesuch der Schweiz kann zur *Verhinderung des Euromilitarismus* beitragen! Länder wie Irland oder Dänemark, die der Westeuropäischen Union bewusst ferngeblieben sind und interessante Konzepte einer «soft security policy» für eine politisch erstarkte und demokratisierte EG entwickeln, warten auf neue Bündnispartner in der EG.